

Familienpolitik der SPD: Unsere Erfolge – unsere Ziele

- von **Angelika Graf**, MdB –

1. Wir verbessern die Infrastruktur für Familien

Das beste Mittel gegen Familienarmut ist eine Erwerbstätigkeit, denn staatliche Unterstützung kann ein eigenes Einkommen nicht dauerhaft ersetzen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss Kernpunkt im Kampf gegen Armut bei Familien sein, denn viele Alleinerziehende können derzeit nicht erwerbstätig sein, weil es bei ihnen vor Ort schlicht und ergreifend an einer verlässlichen Kleinkinderbetreuung mangelt. Wahlfreiheit bei der Kindererziehung haben die Eltern erst, wenn es ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt.

Doch auch für viele Kinder ist ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot ein Gewinn. Sie erleben den Kontakt zu anderen Kindern und können von zusätzlicher Förderung profitieren. Dies ist besonders wichtig für Kinder, in denen die Eltern aufgrund ihrer eigenen Biografie ihre Kinder nicht angemessen fördern können. Eine frühe Förderung kann in solchen Fällen helfen, generationenübergreifende „Armutskarrieren“ zu verhindern, und sie kann eventuelle Defizite – zum Beispiel sprachliche Defizite bei Kindern mit Migrationshintergrund – bereits vor der Einschulung abbauen. Deswegen werden wir weiter für einen quantitativen wie qualitativen Ausbau der Infrastruktur zugunsten der Familien kämpfen.

Was haben wir gemacht?

- ◆ Bereits unter Gerhard Schröder haben wir – gegen den massiven Widerstand von CDU und CSU – den Ausbau der Kleinkinderbetreuungsmöglichkeiten gestartet. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz haben wir den Ländern ab 2005 jährlich 1,5 Milliarden Euro für insgesamt 230.000 zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten, Krippen oder bei Tageseltern zukommen lassen, um bis 2010 ein Versorgungsniveau von 21 Prozent zu erreichen.
- ◆ Den quantitativen Ausbau haben wir mit qualitativen Maßnahmen zugunsten der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsqualität in Kindertageseinrichtungen flankiert.
- ◆ Mit Rahmen des rot-grünen Ganztagsschulprogramms haben wir – gegen massiven Widerstand seitens CDU und CSU – den Ländern 4 Milliarden Euro für mehr Ganztagschulen zur Verfügung gestellt, damit mehr Raum für die individuelle Förderung der Schüler und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern erreicht wird. Allein in Bayern profitieren über 700 Schulen von dem Programm.

- ◆ Um konkret vor Ort die Familienfreundlichkeit zu stärken, haben wir das Erfolgsmodell „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen, in denen sich politische und gesellschaftliche Akteure mit den Familien zusammenfinden, um vor Ort mehr Familienfreundlichkeit zu schaffen. Allein in Bayern sind bisher über 50 solcher Bündnisse entstanden.

In der Großen Koalition setzen wir unseren Kurs fort:

- ◆ Aufbauend auf dem Tagesbetreuungsausbaugesetz stellen wir den Ländern 4 Milliarden Euro zusätzlich für den Ausbau und Betrieb von Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung. Bis 2013 wollen wir damit bundesweit für die Kinder unter 3 Jahren eine durchschnittliche Betreuungsquote von 35 Prozent erreichen.
- ◆ Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 wird dann auf Druck der SPD der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Tagespflege für Kinder, die das 1. Lebensjahr vollendet haben, eingeführt.
- ◆ In den Ländern kämpft die SPD dafür, dass frühe Förderung gebührenfrei angeboten wird, damit sie auch von allen genutzt werden kann. In Rheinland-Pfalz hat Kurt Beck beispielsweise bereits mit der Gebührenbefreiung des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung den Einstieg in die gebührenfreie Kinderbetreuung gemacht. Da fast alle Kinder den Kindergarten besuchen, würden auch praktisch alle Eltern profitieren. Für das Mittagessen in der Ganztagschule haben Rheinland-Pfalz und Berlin einen Sozialfonds eingerichtet.

2. Wir verbessern die finanzielle Situation für Familien

Kinder sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Kinder kosten aber auch Geld. Der Staat muss deshalb die Familien nicht nur mit Infrastruktur sondern auch finanziell unterstützen.

Das deutsche System der finanziellen Familienförderung, das über steuerliche Vergünstigungen oft hohe Einkommen begünstigt, ist dabei leider nicht immer effektiv. Andere Länder erreichen mit weniger Mittel mehr gegen Kinderarmut als wir. Wir müssen daher unser Fördersystem modernisieren, um noch besser diejenigen zu erreichen, die am meisten Förderung brauchen: Das sind vor allem junge Familien und Eltern mit geringem Einkommen.

Junge Familien haben wir daher mit dem Elterngeld und Familien mit einem geringen Einkommen mit dem Kinderzuschlag gezielt gestärkt. Wir müssen bei der Neuausrichtung der Familienförderung aber auch die Entwicklung der Gesellschaft berücksichtigen, denn heutzutage werden rund 30 Prozent der Kinder nichtehelich geboren (1998: 20 Prozent; 1993: 15 Prozent) und profitieren insofern von einer Eheförderung, die immerhin rund ein Drittel aller familienpolitischen Leistungen in Deutschland ausmacht, nicht. Wir wollen daher das Fördersystem noch stärker auf die Kinder ausrichten, allerdings ohne die Eheförderung aufzugeben.

Was haben wir gemacht?

- ◆ In mehreren Schritten haben wir unter Gerhard Schröder das Kindergeld um insgesamt fast 40 Prozent erhöht und mit unserer Steuerreform die Familien kräftig entlastet.
- ◆ Im Rahmen der Arbeitsmarktreformen haben wir unzählige Alleinerziehende aus der Sozialhilfe zurück in das System der Arbeitsvermittlung geholt und bieten ihnen gezielt Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- ◆ Mit dem Kinderzuschlag haben wir einen gezielten Bonus für Eltern mit einem geringen Einkommen ins Leben gerufen.
- ◆ Mit der Erhöhung des BAföG und vielen anderen Maßnahmen, wie z.B. den Ausnahmeregelungen für Kinder bei der Zuzahlung im Gesundheitswesen, haben wir die höheren Ausgaben von Familien anerkannt und gelindert.
- ◆ Mit der Verbesserung der Kindererziehungszeiten in der Rente und der Besserstellung von Eltern bei den Beiträgen zur Pflegeversicherung haben wir den Beitrag der Eltern für die Gesellschaft besser gewürdigt.

In der Großen Koalition setzen wir unseren Kurs fort:

- ◆ In der Großen Koalition haben – wie im SPD-Wahlmanifest versprochen – das Elterngeld durchgesetzt, damit Familien mit der Geburt eines Kindes nicht länger ein Einkommen verlieren. Für bis zu 14 Monate wird das vorherige Einkommen zu 67 Prozent ersetzt.
- ◆ Geringverdiener erhalten auf Druck der SPD beim Elterngeld bis zu 100 Prozent des Einkommens ersetzt. Wer kein Einkommen vor der Geburt des Kindes hatte, erhält das Grundelterngeld in Höhe des bisherigen Erziehungsgeldes.
- ◆ Mit einer Reform des Kinderzuschlags wollen wir diesen im Kampf gegen Familienarmut ab voraussichtlich Oktober 2008 noch mehr Familien zukommen lassen. Die Mittel sollen um 200 Mio. Euro aufgestockt werden, der Berechtigtenkreis soll sich auf bis zu 250.000 erreichte Kinder mehr als verdoppeln.
- ◆ Wir planen zudem eine Reihe von direkten Leistungen, die gezielt junge Familien und solche mit niedrigem Einkommen erreichen sollen, wie beispielsweise ein „Schulstarter-Paket“ mit Sachleistungen sowie gebührenfreies Mittagessen in der Ganztagschule.
- ◆ Wir haben durchgesetzt, dass die Effektivität der familienpolitischen Leistungen überprüft wird. Hierbei drängen wir auf eine Stärkung der Kinder- gegenüber der Eheförderung.
- ◆ Wir setzen uns für Mindestlöhne ein, damit Eltern ihre Familie aus eigener Kraft ernähren können und nicht länger arm trotz Erwerbstätigkeit sind.

3. Wir wollen eine flächendeckende Kinderbetreuung in Bayern

- ◆ Wir wollen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten von der Krippe bis zur Ganztagschule erreichen, das Kindern qualifiziert Förderung anbietet und Eltern zuverlässig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.
- ◆ Wir wollen perspektivisch eine gebührenfreie Förderung von Kindern in jedem Alter, um die Eltern von Kosten zu entlasten und um jedem Kind die Förderung und damit bestmögliche Bildungschancen zu gewährleisten. Dies beginnt bei der gebührenfreien Kinderkrippe und endet beim gebührenfreien Erststudium.
- ◆ Wir wollen eine stärkere Förderung von jungen Familien und von Familien mit geringem Einkommen, weil diese am stärksten die Förderung benötigen. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob die Eltern des Kindes verheiratet sind oder nicht.

Was wollen CDU und CSU?

- ◆ Die CSU will den Familien ihre Ideologie aufzwingen und hat den Ausbau der Kleinkinderbetreuung in Bayern als auch den Ausbau der Ganztagschulen verschleppt und die Wahlfreiheit der Eltern verhindert. Nur 6,9 Prozent der unter 3-jährigen konnten laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2006 bei uns in Bayern außerhäusliche Betreuung in Anspruch nehmen. Im Vergleich der 16 Bundesländer war dies der drittletzte Platz.
- ◆ CDU und CSU preisen am Sonntag die Familie und setzen am Montag den Rotstift an: In Bayern hat die CSU-Staatsregierung ein Sammelsurium an familienfeindlichen Regelungen ins Leben gerufen, wie Büchergeld, Studiengebühren und mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz steigende Kindergartengebühren. Die Sätze für das Landeserziehungsgeld wurden um 50 Euro gekürzt. Während Familien in SPD-regierten Ländern bereits von gebührenfreien Kindergärten, finanzieller Unterstützung beim Mittagessen in der Ganztagschule und einem gebührenfreien Erststudium profitieren, gibt es für bayerische Familien nur warme Worte von der CSU.
- ◆ Mit dem Betreuungsgeld wollen CDU und CSU Familien angeblich ab 2013 (!) eine Prämie anbieten, wenn die Kinder aus der Betreuung – und damit aus schulvorbereitender, früher Förderung – abgemeldet werden. Familien mit geringem Einkommen wären praktisch gezwungen, ein Betreuungsgeld anzunehmen, selbst wenn sich die Bildungschancen ihrer Kinder dadurch verschlechtern. Überproportional wären Kinder mit Migrationshintergrund betroffen. Das Betreuungsgeld wäre somit eine Armutsprämie. Generationenübergreifende „Armutskarrieren“ würden gefördert statt gestoppt.
- ◆ Es gibt keinen Grund für ein Betreuungsgeld, das in seiner Höhe (150 Euro) ohnehin nur ein symbolisches Taschengeld wäre. Denn Familien, in denen ein Elternteil bewusst auf Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung verzichtet, erhalten seit rund 50 Jahren das Ehegattensplitting, das gezielt diese innerfamiliäre Arbeitsteilung unterstützt – mit einem Volumen von 27 Milliarden Euro im Jahr! Eine angeblich auszugleichende Benachteiligung dieser Familien durch den Krippenausbau gibt es nicht.

- ◆ Seltsam ist, dass die CSU-Staatsregierung das Landeserziehungsgeld in Bayern nicht einfach in ein Landesbetreuungsgeld umwandelt – so wie das in Thüringen geschehen ist. Offenbar hält die CSU von ihrem eigenen Vorschlag selbst nicht allzu viel.
- ◆ Mit einem Familiensplitting will die CDU das Ehegattensplitting ausbauen und Kinder einbeziehen. Leider gilt dies vor allem für reiche Kinder. Familien die keine oder nur geringe Steuern zahlen, würden nicht profitieren. Statt junge Familien oder Familien mit geringem Einkommen zu fördern, würde eine Art „Reichensplitting“ installiert.

Fazit:

Wer warme Worte, hohe Gebühren, Armutsprämie und Reichensplitting will, muss CDU und CSU wählen. Für alle anderen bietet die SPD eine moderne Familienpolitik.